

Einzelpreis 15 Pfennig (Abwärts 25 Pf)

# Reichsblatt

## Graf E. Reventlow

Der „Reichsblatt“ erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis: Monatlich durch die Post RM. 1.— (ohne Bestellgeld). Deutschösterreich monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar. Anzeigenpreise: Für die 12spaltige Millimeter-Zeile 15 Reichsb., die ganze Seite 400 Reichsb.

Bei Abbestellungen entfällt Zustellung. Abbest. nach Post. Bestellungen nehmen alle Postämter. Zusendungen so wie der Verlag „Der Reichsblatt“ G.m.b.H., Berlin, Silesienstr. 11, Eurobahnstr. 1, Eingang: Unter den Eichen, 2. Stock (Vordr.) entgegen. — Fernsprecher: 2 1. März 2880. (Vordr.) Mediano: Berlin 887 14.

**Inhalt:** Fort mit den „Herren“ — Die katholische Kirche und der Umschwung — Politisches Staatsrecht — Glodenspiele — Schlusswort zur „Nordischen Ekstase“ — Der 1. Mai 1933 und die sozialistische Arbeiterchaft — Amerika und sein Problem — Der Bauer marschier! — Wirtschaftsfragen und Arbeitsdienst — Baukunst und Rasse! — Weltwirtschaft? — Großraumwirtschaft oder Nationalwirtschaft?

# Fort mit den „Herren“!

Wer die Arbeit gibt, der gibt dem, der die Arbeit nimmt, auch das Brot, oder er — nimmt dem Arbeitnehmer das Brot, je nach seinem geschäftlichen Interesse, je nach der Konjunktur, je nach seinem Profit. Daher haben wir in Deutschland auch noch den schönen Ausdruck „Brother“: der Arbeitgeber oder der „Herr“ schließlich ist Herr über das Brot desjenigen Deutschen, der kein Arbeitgeber, kein Herr ist. Der Grad der Demoralisierung, den dieser unwürdige Zustand erzeugen mußte, malt sich in beschämender und verbitterter Schamloser Weise auch in dem bekannten Sprichwort: „Was Brot ich esse, des Lied ich singe“; überhaupt, beiläufig bemerkt, die deutschen Sprichwörter sind eine Fülle von Anschauungen enthalten viele von ihnen und wie sie die Würde der Zeiten, in denen sie entstanden. Das zitierte Wort erinnert, wir wollen hier nur ein positives Beispiel hervorheben, auch an die soziale Fürsorgepflichtigkeit der großen Arbeitgeber für ihre Angestellten und Arbeiter. Sie erfolgte freiwillig und hatte patriarchalisches Wesen. Der Arbeitgeber vertrat den Standpunkt: ich habe das alles nicht nötig und tue es nur, weil ich sehr anständig bin und über das genügende Geld verfüge. Dafür verlange ich aber daß meine Arbeitnehmer politisch mein Lied singen! — Der Standpunkt ist subjektiv bei einem Mann ohne volksgenössliches Gefühl begrifflich. Voll gerechtfertigt war und ist der Standpunkt des Arbeitnehmers daß er sich durch Wohlthätigkeit nicht politisch kaufen lasse, und daß er das, was er als Wohlthäter erhalte, eigentlich als ein Recht zu beanspruchen habe. Daß auch dieses Verhältnis zum sozialen Frieden nicht wirken konnte, sondern gegenseitig wirken muß, ist klar und eine bekannte und bedauerliche Tatsache der Erfahrung.

Der nur durch Verwirklichung des volksgenösslichen Gedankens herbeizuführende soziale Frieden ist eines der Hauptziele des neuen Deutschlands. Adolf Hitler hat es in der ersten Kundgebung seines Kabinetts als solches proklamiert. Von gewissen Seiten dürfte gegen das Gesagte eingewendet werden: Mit dem Brotherrentum sei es vielleicht einmal so gewesen, aber heute nun schon lange vorbei. Nun, es besteht noch in unerträglich und nicht zu rechtfertigender Weise. Wenn sich Zustände hier und da im einzelnen gebessert haben, so ist das ausnahmslos gegen den Willen der Arbeitgeber und Brotherren geschehen und ihnen in jahrzehntelangen harten Kämpfen abgetrotzt worden.

Im Rahmen des großen Gedankens der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und damit des sozialen Friedens der seinerseits die unerschütterliche Grundlage wirklicher deutscher Volkwerdung und deutscher Freiheit ist, soll hier nicht von rein materiellen Fragen, Forderungen und Widerständen gesprochen werden. Das ist auch dem Arbeitnehmer letzten Endes nicht die Hauptfrage. Jedenfalls nicht genug. Er fordert Arbeit und Brot als sein Recht, aber gerade der deutsche Arbeitnehmer lebt nicht vom Brot allein, weiß, daß er als deutscher Volksgenosse berechtigt ist, mehr zu fordern und zwar alles das, was ihn sein deutsches Gefühl zu erschauen und zu fordern drängt. Und eben das ist es, was ihm bisher nicht zuteil geworden ist: als freier, nicht nur gleichberechtigter, sondern auch voll gewerteter Volksgenosse neben den anderen Volksgenossen zu leben und mit ihnen zu arbeiten. Beides fehlt bis jetzt.

Es geht weit an der Wahrheit und Wirklichkeit vorbei, wenn die politische Rechte, wenn die Internationalen ihren Standpunkt proklamieren, wer Arbeit schafft, der ist sozial, mehr als Arbeit und Brot will der Arbeiter nicht! Oh ja,

er will viel mehr, wenn er ein Mann und ein Deutscher ist. Dieselben Seiten meinen großmütig: man müsse den Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß, — übrigens ein echt marxistischer technischer Ausdruck, — und in die Volksgemeinschaft eingliedern. Eingliedern! Das Wort ist gut, aber es kommt darauf an, wer es ausspricht und anwendet: in Deutschland gibt es ja auch das schöne Wort von „dienenden Gliedern“. Braucht es der Internationalen, der große Arbeitgeber und der „Herr“, so meint er: Arbeit und Brot wollen wir dir besorgen (wenn wir es können), aber für diesen guten Willen hast du deine pflichtmäßige Dankbarkeit durch Mundhalten dauernd darzutun. Der Sinn des Wortes: Eingliedern, Eingliederung, ist dann richtig und gerecht, wenn man ihn einfach und wörtlich versteht und anzuwenden entschlossen ist: der Arbeitnehmer muß ein Glied des Volksorganismus werden, weil er dazu bestimmt ist als arbeitender Deutscher. Kein Glied eines Organismus ist minderwertig dem anderen gegenüber, darf infolgedessen auch nicht so behandelt werden. Daran fehlt aber noch sehr viel. Bis jetzt wollte man verklärte Glieder.

Jenes Minderwertigkeitsgefühl und die scheue Bitterkeit, die bei so sehr vielen arbeitnehmenden

Deutschen zu finden ist, bedeutet, abgesehen von dem großen Unrecht, einen auf die Dauer unerträglichem Verlust für das deutsche Volk und das Deutschtum, einen Verlust an Kraft und an Niveau. In diesem unglücklichen, unwürdigen, ja tragischen Zustand sind in erster Linie der Staat, wie er bis jetzt gewesen ist, vor dem Kriege und nach dem Kriege, und die ihn beherrschende Schicht von Arbeitgebern, großen Grundbesitzern und höheren Schichten schuld. Andererseits ist es vielfach auch der Arbeitnehmer, soweit er sich hat freiwillig niederdrücken lassen und im Gedankens: es hilft ja doch nichts, sich auch in seinem äußeren Benehmen gebeugt und die „Herren“ anerkannt hat. Das neue Deutschland kann nur selbstbewusste Volksgenossen mit unbrechbarem Unabhängigkeitsstolz brauchen. Wenn der Arbeitnehmer in der Stadt und auf dem Lande keine „Herren“ mehr anerkennt, dann wird es sehr bald keine mehr geben und das deutsche Volk wird von diesen anspruchsvollen Schädlingen befreit sein. Vorbei sein muß die Zeit, daß viele Millionen arbeitender Volksgenossen Tributklaven von noch dazu anonymen, Mächtigkeiten und „verantwortungsfreudigen Herrenmenschen“ sind.

nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.“ Ein späterer Erlass verordnet, daß man hinsichtlich Kommunizierung, Sterbesakramenten usw. keine Schwierigkeiten in den Weg legen solle, und bei Schwierigkeiten sich in freundlicher Weise auseinandersetze.

Die eigentlichen Gründe der Kirche sind klar genug und bedürfen einer ausführlicheren Darstellung nicht mehr. Sie könnten durch eine Fortsetzung ihres Kampfes nur verlieren, und hat während ihrer verflochtenen zwei Kampfabende gegen die NSDAP, bereits die Erfahrung gemacht, daß ihre Rechnung falsch war. Der gleiche Rechenfehler müßte sich nach dem 30. Januar 1933 zu sehr gefährlichen Dimensionen auswachen, und so zog die Kirche die Konsequenz. Die NSDAP, der Parteiführer Hitler hat keinen Schritt getan, kein Zugeständnis gemacht, auch nicht eine, von der kirchlichen Presse so oft verlangte Erklärung gegeben; und der Reichskanzler Müller hat in seiner programmatischen Erklärung nichts gesagt, was mit dem Programm seiner Partei in Widerspruch stünde, oder davon abwich. In wie weit jene Erklärung der Bischöfe von der deutschen Seite gesehen ein erwünschtes oder ein unerwünschtes Ergebnis bedeutet, muß das Verhalten der Kirche in Zukunft zeigen. Die deutsche Position ist in jedem Fall, richtig ausgenützt, die stärkere.

Während der ersten Aprilhälfte freilich erfolgte bereits eine Einmischung von Seiten des deutschen Episkopats durch eine Bekanntmachung, welche die folgenden Hauptätze enthielt: „Erfüllt von heißer Liebe zu ihrem Vaterlande, dessen nationalen Aufstieg sie stets mit allen ihren Kräften fördern, sehen die Bischöfe mit tiefster Rummernis und Sorge, wie die Sage nationaler Erhebung zugleich für viele treue Staatsbürger und darunter auch gewissenhafte Beamte unerbittlichen Lage der schwersten und bittersten werden geworden sind.“ Die Bischöfe sehen deshalb zu Gott, er wolle Haß und Zwietracht fernhalten usw.

Ohne daß namentlich ausgesprochen wird, wenden sich die Bischöfe hier gegen die Maßnahmen der Regierung, um die Beamtenhaft, Rechtsanwaltschaft usw. von Suben zu reinigen. Gegen diese Verlaubarung erhob die „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ scharfen Einspruch und bezeichnete u. a. die Auslassung als eine Ausfreizung der Defensivität gegen die nationale Erhebung. Der „Völkische Beobachter“ nahm Stellung mit den Worten: „Schürung von Unzufriedenheit in der deutschen Bevölkerung. Die „Germania“ und andere Zentrumsblätter polemisierten erregt gegen diese Kritiken, die Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher habe eine Sprache gesprochen, die nicht mehr katholisch zu nennen sei, es sei auch eine unsagbare Kurzsichtigkeit, einen über so kleinliche Polemik hoch erhabenen Kirchenfürsten heranzuziehen, „weil dieser nicht in der Lage ist, sich mit allen Methoden und Praktiken der Durchführung der nationalen Erhebung einverstanden zu erklären.“ Vorher hatte das Blatt gesagt: „Müßten doch selbst Mitglieder der Reichsregierung und die Führer der nationalsozialistischen Partei mehrfach ihre Anhänger vor privaten Aktionen und Uebergriffen warnen.“

Offenbar lag der „Germania“ und dem Kardinal-Erzbischof daran, den Juden in dieser Verbindung nicht, obgleich er nur ihn gemeint hatte, zu nennen. Deshalb hob das Blatt nunmehr Uebergriffe und Privataktionen vor, denn die Worte gerade des Erzbischofes sagen hiervon nichts, deuten es auch nicht an, sondern beziehen sich auf die Juden ebenso wie sie nichts, auch andeutungsweise nicht, von

## Die katholische Kirche und der Umschwung

### Der Reichskanzler und die Kirchen

Man kann verstehen, ja es ist in Ansehung der Verhältnisse in Deutschland beinahe eine Selbstverständlichkeit, daß die Kirchen versuchen, den Umschwung in Deutschland für sich in ihrem Sinne und zu ihren Zwecken nutzbar zu machen, und daß Strömungen, die der Kirche bewußt angehören, ihrerseits den Zeitpunkt benutzen möchten, um von ihnen gewünschte Änderungen an und in der Kirche vorzunehmen. Von verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet sind solche Strömungen und Bestrebungen von Bedeutung. Sie verdienen nicht allein, daß man sie mit Aufmerksamkeit verfolgt, sondern wir halten für sehr nötig, daß in der Deffektivität auch Stellung genommen wird, einmal um vielleicht auf den Gang der Dinge einzuwirken, dann auch um die breitere Deffektivität über das zu unterrichten, was auf diesen Gebieten vor sich geht oder vor sich gehen soll.

Der Reichskanzler Adolf Hitler hat in seiner Programmrede vom 23. März dieses Jahres erklärt, daß die nationale Regierung die zwischen den christlichen Konfessionen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren wird. „Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, die gleiche Würdigung erfährt. Die Regierung wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenüberstehen. Sie kann aber nicht dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Verbindung von allgemeiner gesellschaftlicher Verpflichtung sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen.“ In Schule und Erziehung werde die nationale Regierung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. „Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Staat und Kirche.“

Wer diese Sätze sorgfältig liest, muß erkennen, daß sie einen sehr reichen Inhalt in sich bergen und sehr sorgfältig überlegt sind.

Un einer anderen Stelle der gleichen Rede sagte die vom Kanzler verlesene Regierungserklärung, daß die Regierung den größten Wert auf weitere Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zum Vatikan lege. Beiläufig bemerkt, kann hieran kein überzeugter Gegner römischer Uebergriffe Anstoß nehmen. Der Vatikan ist eine Macht, wie andere auch, zu der sich die deutsche Regierung eben nach wie vor zu stellen hat. Die Grenzen sind in den vorher angeführten Sätzen unauffällig und deutlich angegeben.

Was der Führer der NSDAP, in seinem Programm von 1920 im Artikel 24 niedergelegt hat, ist unüberändert geblieben, der von ihm geführte deutsche Staat steht auf dem gleichen Boden, er mißt sich nicht in religiöse Dinge selbst ein, denkt im besonderen nicht daran, die religiöse und geistige Freiheit des einzelnen Deutschen einzuschränken oder ihn in seinen religiösen Ueberzeugungen und Meinungen von Staats wegen beeinflussen zu wollen.

### Bischöfliche Kundgebungen

Auf Grund der programmatischen Erklärungen des Reichskanzlers traten die deutschen Bischöfe in Fulda zu einer Konferenz zusammen, und erließen am 23. März bereits, also eine Woche nach der Kanzlerrede, eine Bekanntmachung, die praktisch die in den bischöflichen Erlassen vom Herbst 1930 und Winter 1931 gegen den Nationalsozialismus ausgesprochene Kriegserklärung zur Annahme, unwirksam machte. Im wesentlichen durch den Satz: „Ohne die in unserer früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiöser Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat, daß Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen